

## VORWORT DER REIHENHERAUSGEBER

Dieser Band versammelt die Beiträge der dritten Konferenz für den wissenschaftlichen Nachwuchs der Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Weimarer Republik e.V. Sie fand im August 2018 in Jena unter dem Titel „Demokratische Persönlichkeiten in der Weimarer Republik“ statt. Bei der gemeinsamen Themenwahl war die Überlegung maßgebend, dass der Fokus auf das angebliche ‚Scheitern‘ der Republik und die Feinde der Demokratie lange Zeit den Blick auf diejenigen Akteure verstellt hatte, die sich aktiv für die demokratische Transformation und die neue Staats- und Herrschaftsform einsetzten.

Dabei wollten wir ausdrücklich nicht so sehr auf die erste Reihe der republikanischen Politiker schauen, sondern in die Tiefen der Weimarer Transformationsgesellschaft. Wir zielten bewusst auf die heute oftmals fast vergessenen Personen, die sich in der zweiten oder dritten Reihe oder auf regionaler oder kommunaler Ebene für die Demokratie einsetzten und die Republik gegen ihre Feinde verteidigten. Dabei wollten wir nicht nur Politikerinnen und Politiker in den Blick nehmen. Denn die demokratische Transformation erforderte Engagement in allen Bereichen: Zivilgesellschaft (Verbände, Gewerkschaften etc.), Presse und Journalismus, Bildung und Wissenschaft, Polizei, Justiz und Verwaltung, Literatur, Kunst und Kultur etc. Neben einzelnen Ministern und Abgeordneten, Ministerpräsidenten der Länder oder Bürgermeister größerer Städte usw. kamen daher auch Journalisten, Verbandsmitglieder und -funktionäre, hohe Beamte, Juristen, Wissenschaftler, Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler in Betracht. Und da die Transformation hin zu einer demokratischen Ordnung besonders für Frauen eine neue Stellung vorsah, waren wir auch sehr an Beiträgen zu engagierten Demokratinnen in all diesen Bereichen interessiert.

All dies deckt der nun vorgelegte Band nicht ab, aber einiges davon. Und er gibt ein anschauliches Bild davon, wie vielfältig und vielgestaltig die neuere Weimar-Forschung ist. Immer wieder werden neue Forschungsfelder erschlossen und rücken damit auch neue Protagonistinnen und Protagonisten der demokratischen Transformation ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die hier versammelten ‚demokratischen Persönlichkeiten‘ müssen daher nicht die letzten sein, die in Form eines solchen Bandes vorgestellt werden.

Die Vorbereitung und Durchführung einer solchen Tagung und der Weg zum anschließenden Band sind eine kollektive Anstrengung. Unser erster Dank gilt mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft den beiden Institutionen, die mit ihrer Grundförderung des Weimarer Republik e.V. und der Forschungsstelle Weimarer Republik das Format der jährlichen Nachwuchstagungen überhaupt erst möglich machen. Beim Weimarer Republik e.V. danken wir Stephan

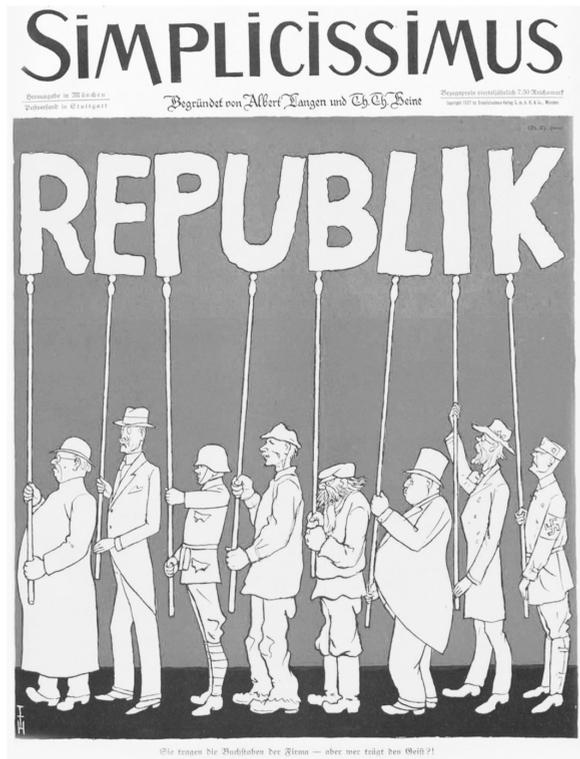
Zänker, Anne Meinzenbach, Markus Hünninger, Markus Lang und Ronny Noak für die Unterstützung und gute Zusammenarbeit in allen Belangen. An der Forschungsstelle und dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte gilt unser Dank Monika Keilich, Katrin Friske, Tim Niendorf, Tim Haas, Jonathan Overmeyer, Katharina Vogt und Max Streckhardt für alle kleineren und größeren Unterstützungen. Der Leitung der FSU Jena sind wir zu Dank dafür verpflichtet, dass sie uns mit dem Senatssaal ihre ‚beste Stube‘ als Tagungsort zur Verfügung gestellt hat. Ein Dank geht auch an Franz Josef Düwell, vorsitzender Richter a.D. am Bundesarbeitsgericht und Ehrenmitglied des Weimarer Republik e.V., für seinen Abendvortrag „Arnold Freymuth. Ein Jurist für die Demokratie“. In dem Zusammenhang ist auch Torsten Oppeland und dem Helmuth-Loening-Zentrum für Staatswissenschaft e.V. zu danken, die diesen Abend im Rahmen der „Schillerhausgespräche“ mitgestaltet hatten. Auch Alf Rößner, dem Direktor des Stadtmuseums Weimar, danken wir für seine gewohnte Gastfreundschaft beim Besuch der Ausstellung „Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919“.

Im Nachgang zur Tagung hatten wir das Glück, mit Sebastian Elsbach und Marcel Böhles die beiden Wissenschaftler für die hauptsächliche redaktionelle Betreuung des Bandes gewinnen zu können, die mit ihren jeweiligen Arbeiten zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die Erforschung der demokratischen ‚Zivilgesellschaft‘ der Weimarer Republik in den letzten Jahren Maßstäbe gesetzt haben. Schon diese neuerliche Auseinandersetzung mit dem bedeutendsten prorepublikanischen (Kampf-)Verband veranschaulicht mit allem Nachdruck, dass es vor 1933 zahlreiche ‚Herzensrepublikaner‘ gab und die erste deutsche Demokratie keinesfalls auf verlorenem Posten stand. Wir danken ihnen sehr dafür, mit ihrer Unterstützung in einer sehr arbeitsreichen Phase im Jubiläumsjahr 2019 und im Vorfeld der Eröffnung des „Hauses der Weimarer Republik. Forum für Demokratie“ in Weimar den relativ zügigen Abschluss dieses Bandes möglich gemacht zu haben.

Zuletzt ist aber natürlich allen Autorinnen und Autoren für ihren Beitrag und ihre gründliche und verlässliche Zusammenarbeit zu danken. Ohne diese gleichermaßen individuelle wie kollektive Anstrengung läge der Band heute nicht in dieser Form vor. Dabei konnten sogar im Nachgang zur Tagung noch einige weitere Autoren gewonnen werden, denen wir sehr für ihre Bereitschaft danken möchten, auch ohne Teilnahme an der Konferenz etwas beigesteuert zu haben. Besonders freut uns schließlich, dass neben Sebastian Elsbach und Marcel Böhles mit Janosch Förster, Claudius Kiene, Tobias Julius Wissinger und Simon Sax insgesamt sechs Träger des Forschungspreises für Arbeiten zur Weimarer Republik vertreten sind, den die Forschungsstelle und der Weimarer Republik e.V. seit 2016 jährlich in drei verschiedenen Stufen auslobt. Damit bietet dieser Band auch ein Forum dafür, (Teil-)Ergebnisse dieser ausgezeichneten Bachelor- und Masterarbeiten und Dissertationen dem Fachpublikum zugänglich zu machen.

## EINLEITUNG: WER TRÄGT DIE REPUBLIK?

*Sebastian Elsbach / Marcel Böhles / Andreas Braune*



*Abb. 1: Th. Th. Heine: Wer trägt die Republik?!*

Diese Karikatur des *Simplicissimus* ist berühmt: Acht zum Teil recht zwielichtige Gestalten tragen die einzelnen Buchstaben der „Firma“ R-e-p-u-b-l-i-k über ihren Köpfen. Man sieht den Pastoren neben dem Großbürger, den Reichswehrosoldaten neben dem Proletarier stehen. Am Ende reiht sich selbst ein SA-Mann ein, der

1 Bildunterschrift: „Sie tragen die Buchstaben der Firma – aber wer trägt den Geist?!“ In: *Simplicissimus* v. 21. März 1927, in: [http://www.simplicissimus.info/uploads/tx\\_lombkswjournaldb/pdf/1/31/31\\_51.pdf](http://www.simplicissimus.info/uploads/tx_lombkswjournaldb/pdf/1/31/31_51.pdf). Wirsching/Eder (2008): Vernunftrepublikanismus führen die Karikatur als Titelbild.

überraschend zackig dreinblickt. Die Unterschrift des Ganzen fragt, wer von diesen Männern (Frauen sind nicht abgebildet) nun den „Geist“ der Republik trägt. Der Beobachter wird verleitet zu sagen: niemand. Alle vom Karikaturisten abgebildeten Personen sind lediglich Repräsentanten ihrer jeweiligen Partei, Organisation oder Klasse. Gemeinnütziges Verhalten im Dienste für die Republik, so die Botschaft der Karikatur, gab es in Weimar nicht. Hierin mag schon die Erklärung dafür liegen, warum gerade diese Karikatur aus dem Repertoire des *Simplicissimus* ‚posthum‘ so große Berühmtheit erlangen konnte. Sie bietet ein anschauliches Sinnbild für das Narrativ von der vermeintlichen „Republik ohne Republikaner“, deren Ende scheinbar zwangsläufig war.

Dass es sich hierbei jedoch um eine überholte Sichtweise handelt, möchte dieser Sammelband zeigen. Die hier versammelten „demokratischen Persönlichkeiten“ waren allesamt Trägerinnen und Träger der ersten Republik, und sie als einflusslose Einzelgänger abzutun, ist kaum möglich.<sup>2</sup> Sie alle waren eingebunden in weitläufige Netzwerke akademischer, parteipolitischer, publizistischer oder kultureller Art, die wiederum Teile der verschiedensten politischen Milieus waren. Der Begriff „demokratische Persönlichkeit“ stellt in diesem Sinne die integrierende Klammer der Beiträge dar, wobei diese heutzutage wenig gebräuchliche Wortprägung eine reiche Geschichte hat.

Gesine Schwan erinnerte bereits 1995 an den Ursprung der Debatte um die „demokratische Persönlichkeit“ in der Sozialpsychologie der Nachkriegszeit.<sup>3</sup> Während Theodor Adorno (bis heute prominent) nach den Charakteristika der „autoritären Persönlichkeit“<sup>4</sup> fragte, wurde in den 1950er und 1960er Jahren auch das Konzept der „demokratischen Persönlichkeit“ rege diskutiert. Schwan zufolge wurde diese sozialpsychologische Fragestellung jedoch nach der gleichfalls berühmten Studie „*The civic culture*“ von Gabriel Almond und Sidney Verba relativ rasch von der politischen Kulturforschung verdrängt.<sup>5</sup> Sozialwissenschaftlerinnen fragten kaum mehr danach, welche psychologische Entwicklung ein Individuum durchmachen musste, um demokratische Einstellung zu entwickeln, sondern konzentrierten sich auf das überindividuelle Phänomen der „politischen Kultur“. Schwan verweist denn auch auf einen irritierenden und seinerzeit kaum hinterfragten Aspekt des Konzepts der „demokratischen Persönlichkeit“. So wurde in den entsprechenden Studien angenommen, dass vorwiegend „gesunde“ Persönlichkeiten demokratische Einstellungen entwickeln würden, während nicht-demokratische Persönlichkeiten von pathologischen Ängsten beherrscht seien. Die „demokratische Persönlichkeit“ sei „wohlintegriert“ in die Gesellschaft, die nicht-demokratische Persönlichkeit hingegen psychisch krank.<sup>6</sup> Schwan kritisiert, dass solche absoluten Kategorisierungen tendenziell die psychische Inkohärenz der Persönlichkeiten verdecken

2 So Gusy (2000): demokratisches Denken, S. 662.

3 Vgl. hier und im Folgenden: Schwan (1995): Demokratische Persönlichkeit, S. 231ff.

4 Adorno (1950): Authoritarian personality.

5 Almond/Verba (1966): Civic culture.

6 Vgl. Schwan (1995): Demokratische Persönlichkeit, S. 234f.

würden, aber hält an einer differenzierten Variante des sozialpsychologischen Konzeptes der „demokratischen Persönlichkeit“ fest.<sup>7</sup>

Was in dieser Darstellung Schwans zudem klar wird, ist der Umstand, dass die Kategorisierung psychisch gesund/nicht-gesund stark durch die jeweils geltenden Herrschaftsverhältnisse geprägt wird. Autoritäre Regime sperrten und sperren Kritiker massenhaft mit der Begründung ein, dass sie „psychisch krank“ seien. Das ursprüngliche Konzept der „demokratischen Persönlichkeit“ spiegelt analog ein demokratisches Herrschaftsverhältnis wider. Auch Demokratien brauchen Persönlichkeiten, die mit ihren persönlichen Einstellungen zur Aufrechterhaltung des politischen Systems beitragen, aber sie können ihrem Selbstverständnis nach diesen Zustand nicht (allein) durch Zwang oder gar Gewalt herstellen. Laut dem Soziologen Karl Mannheim, dessen Beitrag zum Konzept der „demokratischen Persönlichkeit“ erst posthum veröffentlicht wurde,<sup>8</sup> sind demokratische Menschen von „geistiger Offenheit und Kooperationsbereitschaft“ geprägt. Anders als „autoritäre Persönlichkeiten“ würden sie keine übertriebene Fixierung auf ihren Status entwickeln, was sich bei „autoritären Persönlichkeiten“ vor allem in einer Angst vor dem Verlust des eigenen Status ausdrücke und zu Abwehrreaktionen (wie Fremdenfeindlichkeit) führe.<sup>9</sup> Gleichzeitig spricht sich Mannheim dafür aus, dass nicht der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise begünstigte „skrupellose Individualismus“ als Alternative zur „autoritären Persönlichkeit“ aufzufassen sei, da ein unkontrollierter Individualismus zu einer Herrschaft der Wenigen führen müsse. Durch bewusste „Planung“ sei es demgegenüber notwendig, eine demokratische Gesellschaft zu errichten und einen erneuten „Rückfall in die Barbarei“ zu verhindern. Nur die Demokratie ermögliche es den in eine solche Gesellschaft integrierten Individuen, sich als Gleiche zu begegnen und schöpferisch tätig zu werden.<sup>10</sup>

Auch wenn der Anspruch einer gesellschaftlichen „Planung“ für heutige Leserinnen ebenso irritierend wirken mag, wie die Unterteilung in „gesunde Demokraten“ und „kranke Nicht-Demokraten“, so sind die Grundprämissen des Konzeptes der „demokratischen Persönlichkeit“ nach wie vor aktuell. Die Anwendung des Konzeptes im Rahmen einer sozialwissenschaftlich fundierten Demokratiegeschichte erfordert jedoch eine grundlegende Anpassung. Während eine Beantwortung der Fragen danach, was eine „demokratische Persönlichkeit“ ausmacht, wie sie sich sozialisiert, mit ihren Mitmenschen (politisch) agiert und wie umgekehrt nicht-demokratische Akteure auf sie reagieren, durch die Analyse historischer Quellen grundsätzlich möglich ist, kann die interne Persönlichkeitsstruktur von bereits verstorbenen Personen höchstens in Ausnahmefällen untersucht werden. Für unseren Kontext muss daher der Fokus des ursprünglichen Konzeptes der „demokratischen Persönlichkeit“ vom Nomen auf das Adjektiv verlegt werden. Alle Autorinnen und Autoren dieses Bandes gehen dann auch stillschweigend davon aus, dass ihre Beiträge tatsächlich „Persönlichkeiten“ behandeln, die in der Lage waren,

7 Vgl. ebd., S. 240ff.

8 Hoffmann (1996): Karl Mannheim, S. 150.

9 Vgl. Mannheim (1970): geplante Demokratie, S. 179ff.

10 Vgl. ebd., S. 188ff.

widerstrebende Charaktereigenschaften und Einstellungen zu einer halbwegs kohärenten Identität zu vereinen. Was das „demokratische“ Selbstverständnis dieser Personen ausmachte, wird dabei in den Beiträgen sehr unterschiedlich beantwortet.

Alle hier behandelten Personen waren Teil der Demokratisierung Deutschlands in der Phase der Weimarer Republik und teilten auch die entsprechenden Erfolge und Misserfolge. Jenseits von institutions- oder milieugeschichtlich inspirierten Arbeiten ist es, so denken wir, naheliegend, bei den zahlreichen ‚kleinen‘ Einzelakteuren dieses Demokratisierungsprozesses anzusetzen. Während zu den ‚großen Staatsmännern‘ der Republik inzwischen eine Vielzahl an biographischen Arbeiten vorliegen,<sup>11</sup> herrscht für Vertreterinnen und Vertreter der ‚2. und 3. Reihe‘ in Politik, Bildung und Kultur oftmals akademischer Leerstand. Entsprechend gliedert sich dieser Band in drei Teile, die jeweils „demokratische Persönlichkeiten“ aus den genannten Teilbereichen der Weimarer Gesellschaft behandeln.

Die Beiträge des ersten Hauptteils verdeutlichen die Probleme und Chancen des tiefgreifenden Umbruchs, den der deutsche Parlamentarismus in den Jahren der Weimarer Republik erlebte. Sicherlich waren die parlamentarischen Erfahrungen aus der Zeit des Kaiserreiches für den Großteil der Akteure prägend,<sup>12</sup> aber erst das Prinzip der parlamentarischen Verantwortung der Regierung machte Deutschland zu einer Demokratie im politikwissenschaftlichen Sinne.<sup>13</sup> Der „Obrigkeitsstaat“ war vom „Volksstaat“ abgelöst worden, wenngleich der 1919 angestoßene Transformationsprozess weniger abrupt verlief als es das Wort Revolution nahelegt.<sup>14</sup> Zu diesem Übergang gehörte vor allem auch eine regelrechte Wahlrechtsrevolution. Sie beinhaltete einerseits die enorme Ausdehnung des Wahlvolkes, die vor allem durch die Absenkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre und die Einführung des Frauenwahlrechts bewirkt wurde. Erstmals konstituierte sich so ein wirklich umfassender *demos*, so dass das neue Prinzip der Volkssouveränität auch tatsächlich beansprucht werden konnte. Andererseits – und dies wird in diesem Zusammenhang oft vernachlässigt – veränderte der Übergang vom Mehrheitswahlrecht zum Verhältniswahlrecht die Parameter des Parlamentarismus und der Parteiarbeit grundlegend. So entstand eine moderne Massen- und Parteiendemokratie, die von demokratieskeptischen Persönlichkeiten eher als ‚Parteienstaat‘ diffamiert wurde. Wer der Demokratie positiv gegenüberstand, erkannte und bejahte diese neue Rolle der Parteien und Parlamente.<sup>15</sup>

Die Kontinuitäten zwischen dem vor- und dem nachrevolutionären Stadtparlament in Hamburg verdeutlicht der Beitrag von LARS F. KÖPPEN. Neben die etablierten, älteren Parlamentarier traten nur vereinzelt jüngere Abgeordnete und, vor allem über die Listen des linken Parteispektrums, erstmals auch Frauen. So wies selbst die Fraktion der MSPD als treibender Kraft der Novemberrevolution ein

11 Etwa die pointiert betitelte Arbeit: Wright (2006): Stresemann.

12 Siehe für die letzten Jahre des Kaiserreiches: Llanque (2000): Demokratisches Denken,

13 Vgl. Merkel (2010): Systemtransformation, S. 26.

14 Vgl. Mergel (2012): Reichstag, S. 75 u. 228f.

15 Vgl. für eine demokratiekritische Sichtweise hierauf etwa: Triepel (1928): Staatsverfassung, für eine pro-demokratische: Radbruch (1930): Die politischen Parteien.

erstaunliches Maß an personeller Kontinuität auf. Die „Traditionsbildung“ war somit bei allen Parteien – egal ob demokratisch oder nicht – sehr stark ausgeprägt, was in einem gleichfalls starken Kontrast zur veränderten Selbstdarstellung aller Parteien im Wahlkampf stand.

Keine Partei identifizierte sich – zumindest in ihrer Bildsprache – so stark mit der neuen schwarz-rot-goldenen Republik wie die DDP und dennoch stellt DESIDERIUS MEIER die berechnete Frage, ob Hermann Dietrich als Spitzenpolitiker der Linksliberalen überhaupt als „Demokrat“ bezeichnet werden kann. Denn eigentlich war Dietrich noch im Ersten Weltkrieg als bekennender Monarchist aufgefallen und seine Kehrtwende zum Republikaner erklärt Meier mit einer Mischung aus Pragmatismus und Opportunismus. Dietrichs Politikverständnis blieb demnach trotz seines demokratischen Engagements von antipluralistischen, vormodernen Elementen geprägt.

Eine umgekehrte Fragestellung verfolgt CLAUDIUS KIENE in seinem Beitrag über den Zentrumsolitiker Karl Spiecker. War Spiecker zu sehr Demokrat und erreichte ihm seine entschiedene Bejahung der Republik gar zum Nachteil? Kiene schildert Spieckers Rolle auf dem Zentrums-Parteitag von 1925, wo in der Konsequenz das Verhältnis zur Republik zur Diskussion stand. Mit der SPD oder der DNVP regieren? Dies war die Gretchenfrage, welche das Zentrum entzweite und Spiecker als gewichtige Stimme des pro-SPD-Lagers konnte laut Kiene lediglich einen „Pyrrhussieg“ erringen. Zu stark waren die Beharrungskräfte der Rechtskonservativen im Zentrum, so dass Spieckers Einfluss bald schwand.

Dass das Zentrum ein ambivalentes Verhältnis zur Republik aufwies, mag als These vereinzelt angezweifelt werden. Der DVP hingegen wird einvernehmlich als Scharnier zwischen dem demokratischen und dem rechtsautoritären Parteilager aufgefasst. Mit Katharina von Kardorff-Oheimb kann CORNELIA BADDACK eine Führungsfigur des linken Parteiflügels präsentieren, die in vielfältiger Weise, wenn auch letztlich erfolglos, versucht hatte, gegen den Rechtstrend ihrer Partei anzukämpfen. Kardorff-Oheimb war nicht nur als Parteipolitikerin eine Ausnahmeerscheinung, sondern auch als erfolgreiche Industrielle und weitvernetzte „Salondame“ ein Beweis für die wachsende Rolle von Frauen in Politik und Wirtschaft.

Friedrich Wilhelm Wagner war als „Funktionär mittlerer Reichweite“ und Reichstagsabgeordneter zwar keine Ausnahmeerscheinung in der Weimarer SPD. Zahlreiche Männer und Frauen trugen die Organisationsarbeit der Partei, aber ANDREAS MARQUET verdeutlicht, wie außergewöhnlich Wagners Lebensweg war. Als bürgerlich sozialisierter und studierter Jurist und Corps-Mitglied hatte Wagner eine Sonderrolle innerhalb der proletarischen Partei, die intern nicht unumstritten war. Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte Wagner als Bundesverfassungsrichter einen enormen beruflichen Aufstieg.

Kontinuitätslinien bestanden nicht nur zwischen dem Parlamentarismus der Kaiserzeit und jenem der Weimarer Republik, auch zur Bundesrepublik führen aus Weimar zahlreiche biographische Stränge. Hubertus Prinz zu Löwenstein konnte aufgrund seiner Jugend zwar in Weimar noch keine parlamentarische Karriere machen, doch zog er 1953 für die FDP in den Bundestag ein. Löwensteins politische Sozialisation in der Weimarer Republik, genauer gesagt im Reichsbanner Schwarz-

Rot-Gold, war dabei für seinen weiteren Lebensweg prägend, wie SEBASTIAN ELSBACH aufzeigen kann. NS-Diktatur und Exil hatten den wehrhaften Republikaner Löwenstein nicht korrumpiert.

Waren die „demokratischen Persönlichkeiten“ allesamt Ausnahmeerscheinungen? Die bisherigen Fallbeispiele mögen dies nahelegen, doch ist es nicht überraschend, wenn ein biographischer Blickwinkel das Außergewöhnliche betont und tendenziell das Alltägliche bzw. für die jeweilige Generation Typische vernachlässigt. Demokratische Politikerinnen und Politiker konnten zweifellos über die Parteien der „Großen Koalition“ in den 1920er Jahren die demokratische Transformation vorantreiben und parlamentarische Erfahrungen sammeln. Ein nicht zu vernachlässigender Teil von ihnen konnte hieran in der frühen Bundesrepublik anknüpfen, deren nachhaltige Demokratisierungserfolge ohne Weimar nicht zu denken sind.<sup>16</sup> Das weite Feld der Bildung im Allgemeinen und auch die politische Bildung im Speziellen, aus welchem die biographischen Fallbeispiele des zweiten Hauptteils stammen, verdeutlicht die Diskrepanz zwischen politischer Elite und breiteren Bevölkerungsschichten. Bereits im Kaiserreich hatte sich jener Teil der politisch-parlamentarischen Elite zu demokratisieren begonnen, der die Basis des politischen Systems der Weimarer Republik bilden sollte. Bewusste „Planungsversuche“ zur Heranbildung von „demokratischen Persönlichkeiten“ hatte es vor den 1950er Jahren aber nicht gegeben, so lautete zumindest das Selbstverständnis der ursprünglichen Schöpfer des Konzepts wie Karl Mannheim.<sup>17</sup> Jenseits des tendenziell problematischen Anspruchs einer „Planung“ mit einem steuerbaren Endprodukt, sind aber schon in der Weimarer Republik erste Ansätze zur Verbreitung von demokratischen Einstellungen in allen Teilen des Bildungssystems auszumachen.

Wie RONNY NOAK zeigt, trug aber auch die demokratische Zivilgesellschaft zur Demokratisierung der Köpfe bei. Mit dem sozialdemokratischen Wanderlehrer Albert Rudolph hat Noak ein Fallbeispiel aus der Basisarbeit politischer Bildung. Die Lehrinhalte, die Rudolph in zahlreichen Kursen vermittelte, waren nicht rein parteipolitisch ausgerichtet, sondern zielten auch darauf ab, dass die Teilnehmenden ein besseres Verständnis des politischen Systems der Weimarer Demokratie entwickelten. Gleichzeitig war Rudolph auch als thüringischer Landtagsabgeordneter darum bemüht, das Bildungssystem in einem demokratischen Sinne zu reformieren.

Ein vergleichbares Ziel verfolgte der sozialliberale, sächsische Landtagsabgeordnete und spätere Gründungsdirektor des Pädagogischen Instituts in Dresden Richard Seyfert. In der Nationalversammlung hatte er zudem einen großen Beitrag zur Ausformulierung der Schulartikel leisten können. JANOSCH FÖRSTER problematisiert in seinem Beitrag Seyferts Demokratiebegriff, der, ähnlich wie im Fall von Hermann Dietrich, antipluralistische Elemente aufwies. Förster verdeutlicht, wie dieser Befund mit Seyferts wegweisendem reformpädagogischen Engagement in Zusammenhang steht.

16 Vgl. hierzu Elsbach / Noak / Braune (Hg.) (2019): Konsens und Konflikt.

17 Mannheim (1970): geplante Demokratie, S. 34.

Einen bemerkenswerten Quellenfund präsentiert MARCEL BÖHLES in seinem Beitrag über Albert Kuntzemüller. Der badische Pädagoge, Eisenbahnspezialist und überzeugte Demokrat engagierte sich seit 1924 im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und schilderte später in seinen Memoiren eindrücklich die Widerstände, die mit einem öffentlichen Eintreten für die junge Republik verbunden waren. Gleichwohl zeigt sein Fall exemplarisch, welche großen Handlungsspielräume selbst einem Akteur auf mittlerer Ebene zur Verfügung standen, wenn er sich – wie Kuntzemüller – konsequent für den Weimarer Staat und seine Symbole einsetzte.

Als eine „vielversprechende konservative Alternative“ für Weimar präsentiert CHRISTIAN LÜDTKE in seinem Beitrag den Historiker, Publizisten und Politiker Hans Delbrück. Wenngleich sicher kein Republikaner im engeren Sinne, war dieser aber als einer der wenigen Vordenker im Mitte-Rechts-Spektrum dazu geeignet, das konservative Milieu auf Dauer mit der Republik zu versöhnen. So widersetzte sich Delbrück energisch dem Aufkommen der Dolchstoßlegende und plädierte für eine vorsichtige Annäherung an die Sozialdemokratie, um die Klassengegensätze in der deutschen Gesellschaft zu überwinden.

Ihre bis heute nachwirkende internationale Reputation bezieht die Weimarer Republik bekanntlich weniger aus ihrer politischen als vielmehr ihrer kulturellen Strahlkraft. Dennoch sollte man nie vergessen, dass erst der Sturz des Kaiserreiches und der mit neuen ungeahnten Freiheiten verbundene Weg zur parlamentarischen Demokratie das ungehemmte Aufblühen all jener Disziplinen anregte, die wir heute unter der legendären Kultur von Weimar subsumieren. So gehörte die Abschaffung der Zensur im Aufruf „An das deutsche Volk!“ vom 12. November 1918 zu den ersten Maßnahmen des Rates der Volksbeauftragten, in Artikel 118 der Weimarer Reichsverfassung bestätigte die Nationalversammlung ein Jahr später die Meinungs- und Pressefreiheit, verbunden mit einem grundsätzlichen Verbot der Zensur.<sup>18</sup> Vor diesem Hintergrund wäre zunächst die naive Annahme denkbar, gerade die Kulturschaffenden hätten der Republik aus einer Art „Dankbarkeit“ für diese neuen Freiheiten grundsätzlich aufgeschlossen gegenübergestanden. Doch ist dies nicht der Fall gewesen. Über die gesamten 14 Jahre ihrer Existenz stand die Weimarer Demokratie im Fadenkreuz ihrer Kulturkritiker von rechts und links – freilich aus ganz unterschiedlichen Motivlagen heraus. Während von rechts vor allem die Prägung durch eine anglo-amerikanisch bestimmte „Massenkultur“ und die Zersplitterung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte im vermeintlichen „Parteiengenäk“ angeprangert wurden, bemängelten linke Intellektuelle die vermeintliche Kleinbürgerlichkeit der Republik und ihrer führenden Vertreter sowie den unzureichenden Elitenaustausch im Gefolge der Novemberrevolution und ein dadurch bedingtes Fortleben obrigkeitstaatlicher Strukturen.

18 Wie im Grundgesetz auch steht die Meinungs- und Pressefreiheit in der Weimarer Reichsverfassung unter Gesetzesvorbehalt. Ausdrücklich nannte Art. 118 das noch relativ neue Kino und den Jugendschutz: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.“

Daran anknüpfend erinnert SEBASTIAN ROJEK an die heute weitgehend vergessene Köpenickiade des deutsch-baltischen Hochstaplers Harry Domela. Mitte der 1920er Jahre hatte sich der frühere Freikorpskämpfer in mehreren deutschen Städten als Prinz verschiedener Adelshäuser ausgegeben und war von den örtlichen Honoratioren buchstäblich fürstlich empfangen worden. Rojek analysiert insbesondere, wie die zeitgenössische Presse den Skandal aufnahm und ihn – ähnlich wie 1906 die Komödie von Köpenick – als ein Symptom des Fortlebens militaristischer und obrigkeitsstaatlicher Vorstellungen interpretierte.

Ein Gruppenporträt der sogenannten „tänzerischen Generation“ um Klaus und Erika Mann zeichnet CATHARINA RÜSS. In ihrem Beitrag geht sie der Frage nach, inwieweit dieser Bekanntenkreis von Mittzwanzigern aus bürgerlichen Elternhäusern als Verfechter der Weimarer Republik gelten kann. Stilprägend für die Außenwahrnehmung der „tänzerischen Generation“ als „bohémehafte Antibürger\*innen“ waren nämlich weniger politische Standpunkte als vielmehr die gemeinsame Begeisterung für einen als cool erachteten Lebenswandel amerikanischer Prägung inklusive Jazz.

Dagegen beschäftigt sich der Aufsatz von TOBIAS JULIUS WISSINGER mit dem viel diskutierten Verhältnis von Thomas Mann zur Weimarer Demokratie. Wissinger zeichnet den langen Weg des konservativen Kulturkritikers nach, der noch zum Ende des Weltkrieges mit den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ auch ein Bekenntnis zu deutscher Machtpolitik abgelegt hatte. Spätestens mit seiner Rede „Von deutscher Republik“ im Jahr 1922 vollzog der spätere Literaturnobelpreisträger dann einen Kurswechsel. Wissinger interpretiert das öffentliche Bekenntnis zur Weimarer Republik unter anderem als ein „Tribut an ein neues Zeitalter“, das von einer hochgradig massenpolitisierten Gesellschaft geprägt gewesen sei.

Schließlich behandeln SIMON SAX und SEBASTIAN ELSBACH in ihrem Beitrag über den Journalisten Walter Gyssling einen entschiedenen Verteidiger der republikanischen Staatsform. Gyssling wirkte nicht nur über eigene Artikel, in denen er die aufsteigende NSDAP angriff, auf die öffentliche Meinungsbildung ein, sondern vor allem als Archivar für das halb-konspirativ arbeitende Büro Wilhelmstraße. Diese privat finanzierte Sammelstelle für Informationen über die NS-Bewegung stellte republikanisch orientierten Zeitungen belastendes Material bereit. Gyssling als „Techniker“ des publizistischen Kampfes gegen die NSDAP setzte bewusst auf eine irrationale, auf die Gefühle der Leserschaft abzielende Kommunikation.

Die Auswahl dieser Persönlichkeiten und die Herangehensweise der einzelnen Beiträge mögen etwas cursorisch oder eklektisch erscheinen, und sie sind es in einem Band zu einer wissenschaftlichen Tagung mit einem recht offen gefassten Aufruf auch ein Stück weit. In dieser Zusammenstellung bieten sie aber zugleich randomisierte Probebohrungen in die Tiefen der Weimarer Gesellschaft und erbringen den Nachweis, dass die Weimarer Republik keinesfalls eine Republik ohne Republikaner war. Die schwierigen Handlungsumfelder dieser Persönlichkeiten, die Anfeindungen und aggressiven Deutungskämpfe unterstreichen zugleich das bekannte Bild, dass es der Republik durchaus an überzeugten Demokraten mangelte. Aber